

Warum Sebastian Kurz erfolgreich ist

Experte sieht in der Redekunst einen entscheidenden Grund.

WIEN Der Wiener Kommunikationsexperte Thomas Wilhelm Albrecht findet es auch ein bisschen merkwürdig: Politik ist vor allem auch Redekunst, gilt es zunächst doch, eine Mehrheit zu überzeugen und Wahlen zu gewinnen. Dazu nötig ist rhetorisches Geschick, das man sich durchaus aneignen kann. Auf Bundesebene hat laut Albrecht aber nur ein Mann alle wesentlichen Regeln verinnerlicht: ÖVP-Chef Sebastian Kurz. „Ich glaube, das erklärt seinen Erfolg zu einem großen Teil“, so der Experte im Gespräch mit den VN.

Wie ein Wein

Zur Nationalratswahl hat der 54-Jährige ein Buch geschrieben. Titel: „Die Rhetorik des Sebastian Kurz.“ Untertitel: „Was steckt dahinter?“ Wobei er einiges vorausschicken muss. Mit einer guten Rede ist es demnach zum Beispiel wie mit einem Wein. Ja, mit einem Wein: Es kommt immer auch auf den Rahmen an. Im Urlaub schmeckt der gleiche Tropfen anders als wenig später zu Hause. Oft ist die Enttäuschung groß. Oder: Wein aus einem Bierkrug vermag nur selten zu munden. Zur Entfaltung gelangt er ausschließlich im passenden Glas.

Doch zurück zur Redekunst: Wichtig ist nicht nur, was man zu sagen hat, sondern auch, wie man es tut. Und hier ist laut Albrecht schon einmal auffallend, dass Kurz sehr konzentriert auftritt und ganz bei sich und dem Publikum ist, an das er sich wendet; dass er sich immer bei jemandem bedankt und meist fehlerfrei in verständlicher Sprache spricht. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Albrecht vergleicht dazu die Reden zum Misstrauensvotum gegen den damaligen Kanzler und dessen Kabinett am 27. Mai. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner ist da ein peinlicher Fehler unterlaufen: „Ihre Vorgangsweise ist einzigartig in der Geschichte der



Der ÖVP-Chef Kurz hat aus der Sicht von Albrecht alle wesentlichen rhetorischen Regeln verinnerlicht.

2. Republik“, wettete sie an die Adresse von Kurz gerichtet: „Es ist ein schamloser, es ist ein zügelloser und verantwortungsvoller Griff nach Macht, den wir hier sehen.“ Gemeint hatte sie natürlich eine verantwortungslose Vorgangsweise. Gesagt hatte sie aber das Gegenteil davon. Und zumal sie es nicht klarstellte, blieben die Zuhörer irritiert zurück.

Natürlich: Das kann passieren. In einer guten Rede sollte es jedoch nicht vorkommen und im Übrigen gehört noch mehr dazu. Sie sollte vor allem auch Antworten auf vier Fragen liefern: Warum, was, wie und was-wenn bzw. die Konsequenzen? Das Ergebnis ist im Idealfall, dass nichts offen bleibt und alles logisch erscheint. Kurz befolgt das laut Albrecht. Viele andere Politiker würden dagegen eher nur beim Was-Teil hängen bleiben, also beim Schildern von Problemen.

Zwischendurch weist der Kommunikationsexperte darauf hin, dass es in seiner Analyse nicht um politische Inhalte geht. Albrecht sagt also nicht, „was Kurz will, ist gut und was andere wollen, ist schlecht“. Es gehe ihm einzig und

allein um die Redekunst, wie er betont. Der ehemalige und wohl auch künftige Bundeskanzler beherrscht sie offenbar. Und zwar so sehr, dass damit auch ein Risiko einhergeht: Kurz verspricht Transparenz und Offenheit. Im Sommer sind jedoch Dinge bekannt geworden, die dem widersprechen. Stichwort Schredder-Affäre, Stichwort Spendenstückelung, um die Zuwendungen nicht gleich über den Rechnungshof veröffentlichen zu müssen. Zweifellos könne hier eine große Kluft entstehen zwischen dem, was Kurz sagt und dem, was in seinem Verantwortungsbereich passiert, bestätigt Albrecht. Es gelinge dem 33-Jährigen und seinen Leuten jedoch sehr gut, zu vermitteln, dass er persönlich mit allfälligen Missständen nicht zu tun hat. So zeigte er selbst sogar Verständnis für Kritik an seinem Mitarbeiter, der Festplatten zerstören ließ und sprach von „Schlamperei“. **JOH**

Thomas W. Albrecht: „Die Rhetorik des Sebastian Kurz. Was steckt dahinter?“ Goldegg-Verlag, 304 Seiten, 22 Euro.



Duda appelliert an die Gemeinschaft

WARSAU Der polnische Präsident Andrzej Duda hat 80 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs an die internationale Gemeinschaft appelliert, entschieden gegen militärische Aggressionen vorzugehen. Den deutschen Überfall auf Polen 1939 hätte es möglicherweise nicht gegeben, wenn sich die Westmächte dem „Anschluss“ Österreichs entgegengestellt und scharf gegen die Verfolgung von Juden in Deutschland protestiert hätten, sagte Duda am Sonntag bei der zentralen Gedenkveranstaltung in Warschau. Der Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 markierte den Beginn des Zweiten Weltkriegs.

Empörung über Sager von FPÖ-Landesrat

LINZ Der oberösterreichische FPÖ-Landesrat Wolfgang Klinger hat in einem Interview mit der „Kronen Zeitung“ zum Thema Zuwanderung erklärt: „Mischkulturen haben auf der Welt bewiesen, dass sie nicht vorteilhaft sind.“ Die ÖVP forderte Aufklärung, SPÖ, Grüne und Neos zeigten sich entsetzt. FPÖ-Landeschef Manfred Haimbuchner versprach ein „klärendes Gespräch“.

CDU und SPD mit blauem Auge in Sachsen und Brandenburg

DRESDEN, POTSDAM Fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung hat die AfD mit Rekordergebnissen bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg die politische Landschaft im Osten verschoben. Trotzdem können die CDU in Sachsen und die SPD in Brandenburg mit Mühe und Not weiterregieren. Die AfD wurde in beiden Ländern nach Hochrechnungen zweitstärkste Kraft.

Nach Hochrechnungen von ARD und ZDF kommt die CDU von Ministerpräsident Michael Kretschmer in Sachsen auf 32,5 bis 33,0 Prozent (2014: 39,0), die AfD auf 27,8 bis 28,1 Prozent (2014: 9,7). Das ist bundesweit ihr bestes Landtags-



Demonstranten protestieren in Werder (Brandenburg) gegen die AfD.

wahlergebnis überhaupt. Die SPD von Spitzenkandidat und Wirtschaftsminister Martin Dulig fällt auf 7,6 bis 7,8 Prozent (2014: 12,4) und fährt damit das bundesweit schlechteste Landtagswahlergebnis ihrer Geschichte ein. Die Grünen steigern sich im Freistaat auf 8,1 bis 8,4 Prozent ((2014: 5,7 Prozent), für die Linke zeichnet sich mit 9,9 bis 10,1 Prozent das schlechteste Ergebnis seit der Einheit 1990 ab (2014: 18,9). Die FDP verpasst mit 4,5 bis 4,6 Prozent (2014: 3,8) erneut den Sprung in den Landtag (2014: 3,8).

In Brandenburg rutschen die Sozialdemokraten in ihrem ostdeutschen Stammland auf 26,1 bis 26,4 Prozent ab (2014: 31,9). Die AfD mit ihrem radikal rechten Spitzenkandidaten Andreas Kalbitz landet mit 23,7 bis 24,5 Prozent knapp dahinter (2014: 12,2).

Die in Brandenburg traditionell schwache CDU fällt mit 15,5 bis 15,7 Prozent (2014: 23,0) auf ihr schlechtestes Landesergebnis. Die Linken kommen nur noch auf 10,6 bis 10,7 Prozent (2014: 18,6). Die FDP verpasst mit 4,2 bis 4,4 Prozent (2014: 1,5) die Rückkehr ins Parlament. Die Freien Wähler kommen auf 5 Prozent und würden damit in den Landtag einziehen.



Kommentar

Johannes Huber

Lasst Peschorn weitermachen

Gut möglich, dass Eckart Ratz ein zumindest ebenso guter Innenminister geworden wäre wie Wolfgang Peschorn. Beide zeichnet eines aus: Sie fühlen sich der Sache verpflichtet, für die sie

Wie sein Vorgänger Ratz fühlt sich Peschorn seiner Aufgabe verpflichtet und nicht irgendeiner Partei.

Verantwortung tragen, und nicht irgendeiner Partei. Und zwar gnadenlos. Der Vorarlberger hat das als ehemaliger Präsident des Obersten Gerichtshofes bewiesen und Peschorn als Chef der Finanzprokurator, also Anwalt und Rechtsberater der Republik. Der Vergleich ist heute jedoch müßig: Ratz musste im Juni nach wenigen Tagen als „Übergangsminister“ wieder gehen. Das lässt sich nicht rückgängig machen. Und Peschorn macht als Nachfolger einen hervorragenden Job. Das ist ein Glück.

Ja, der 54-jährige Wiener sollte Innenminister bleiben. Sebastian Kurz (ÖVP), der nach der Nationalratswahl sehr wahrscheinlich den Auftrag erhalten wird, eine Regierung zu bilden, würde gut daran tun, ihn als parteifreien Ressortchef im Amt zu belassen. Damit könnte er beweisen, dass er wirklich einen neuen Stil leben und sich von alten ÖVP-Praktiken verabschieden möchte. Abgesehen davon würde Österreich davon profitieren. Und das wäre das wichtigste.

Das Innenministerium ist ein hochsensibles Ressort. Dazu gehören tausende Polizisten, die für alle sichtbar sind, genauso wie Kriminalbeamte und vor allem auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, die brisante Dinge wissen, von denen es vielleicht sogar besser ist, wenn wir sie nie erfahren.

ÖVP-Zweigstelle

Parteipolitik sollte in diesem Ministerium nichts zu suchen haben. Sollte, wohlgermerkt. Sie ist auch hier österreichische

Unkultur. Bis Anfang 2000 war sie sozialdemokratisch. Dann war sie bis 2017 tiefschwarz und in weiterer Folge einhalb Jahre lang sattblau. Oder eher stümperhaft blau: Herbert Kickl (FPÖ) wollte eine Umfärbung von heute auf morgen erzwingen. „Zack-zack-zack“, eben. Im Nachhinein kann man ihm dafür aber sogar ein bisschen dankbar sein: Seine Vorgangsweise führte zu einem Untersuchungsausschuss, bei dem haarsträubende Verhältnisse deutlich geworden sind. Zusammengefasst war das Ressort demnach über die letzten Jahre hinweg eine Art Zweigstelle der ÖVP im Allgemeinen und der niederösterreichischen ÖVP im Besonderen. So existierte ein Verein namens „ProPatria“, in dem Beamte des Verfassungsschutzes saßen und der für die Partei tätig war. Allein schon, dass da niemand eine Unvereinbarkeit oder auch nur eine schiefe Optik sah, zeigt, wie verkommen die Sitten waren: Man hatte nicht einmal einen Genierer.

Gegen Netzwerke

Wolfgang Peschorn hat nun in einem ORF-Interview ganz offen gesagt, dass er Netzwerke entdeckt habe. Und zwar „schwarze, blaue“ und „vielleicht auch andere“. Das zeigt zweierlei: Erstens, dass er hinschaut. Und zweitens, dass er gewillt ist, aufzuräumen. Sprich: Würde man ihn nicht weitermachen lassen, hieße das wohl, zu unerträglicher Parteipolitik im Innenministerium zurückzukehren zu wollen.



JOHANNES HUBER
johannes.huber@vn.at

Johannes Huber betreibt die Seite dieSubstanz.at - Analysen und Hintergründe zur Politik.

In eigener Sache

In der Samstagsausgabe ist ein bedauerlicher Fehler passiert. Mit dem Kommentar „Sackgasse“ wurde ein Beitrag veröffentlicht, der bereits am 23. August erschienen war. Deshalb reichen wir den aktuellen Gastkommentar von Johannes Huber heute nach. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

KARIKATUR

Wahlplakate!

